

Quartalsbericht 4/2023 des Gesamtpersonalrates der Universität Potsdam

Im vierten Quartal haben sechs Gremiensitzungen des Gesamtpersonalrates stattgefunden. Hier die wichtigsten Inhalte:

Datenverarbeitung und IT, Zusammenarbeit mit der ZIM

Webplattform für IT-Sicherheitsschulungen: Aufgrund formaler Fehler musste eine erneute Ausschreibung durchgeführt werden. Das geplante Budget beträgt 300.000 Euro für alle acht Brandenburger Hochschulen und ist auf, 3 Jahre befristet.

Datenschutz und Datensicherheit: -SoSafe ist eine Software für E-Learning und Phishing-Simulationen. In Kooperation mit der FH Potsdam soll dieses System erworben werden. Mit der Software „SoSafe“ ist geplant, die Sicherheitskultur zu stärken und Beschäftigte in die Lage zu versetzen, aktiv zum Schutz gegen Cyberbedrohungen beizutragen. Die SoSafe Awareness-Plattform bietet anonyme Auswertung von Phishing-Simulation und des E-Learning.

Der GPR prüfte die Plattform über Test-Zugänge, die für den GPR angelegt wurden. Die Mitbestimmungsunterlagen werden erstellt, die Risikobewertung des Datenschutzbeauftragten fehlt derzeit noch. Da die UP mit der FH Potsdam an diesem System zusammenarbeitet, sind auch die Personalräte im gegenseitigen Austausch.

Planungen zur Erneuerung unseres Campusmanagementsystems:

Das Hochschulinformationssystem HIS stellt den Support für das Campusmanagementsystem (System zur Studierenden- und Prüfungsverwaltung im D2) ein, wodurch eine Erneuerung notwendig wird. Die Umstellung erfolgt vorerst auf HISinOne, aber das Personalmanagementsystem (HIS SVA) läuft weiter.

Der zeitliche Horizont stellte sich wie folgt dar: Vorbereitungsprojekt (2 Jahre) + Migrationsprojekt (min. 5 Jahre, eher 7 Jahre). Dies stellte für die DEF eine zu lange Dauer dar. Die DEF wird nun eine eigene Prüfungsverwaltung aufbauen.

Es erfolgte eine neue Ausschreibung, um Alternativen zu finden. In dem Verfahren setzte sich Campus Unity, eine Firma ehemaliger HIS-Beschäftigter, durch. Der geplante Ablauf sieht folgendermaßen aus: zeitnaher Start mit dem Ziel, in 5 Jahren das System vollständig betreiben zu können. Möglicherweise werden verschiedene Module im Verlauf Schritt für Schritt zugeschaltet, so dass zeitweise die Systeme HISinOne und Campus Unity parallel laufen werden.

Der CIO wird Anfang des Jahres 2024 einen Vorschlag unterbreiten, wie der GPR den Prozess begleiten kann.

Hinweis: Auch an der Juristischen Fakultät wird ein eigenes System zur Prüfungsverwaltung benutzt. Mit dem neuen System könnte eine Integration geprüft werden.

ESET – Antivirensoftware

Rahmendienstvereinbarung IT

Prüfung durch Rechtsanwalt IT-Rahmen-DV - Der Gesamtpersonalrat beschließt auf Grundlage von § 44 Abs. 1 Ziffer 5 PersVG, die Rahmendienstvereinbarung IT durch einen (externen) Rechtsbeistand prüfen zu lassen.

Elektronisches Verbandsbuch

Das Vorhaben befindet sich in der Planungsphase. Ein Antrag zur Mitbestimmung soll dann gestellt werden.

Bibliothek: Auflistung der IT-Systeme, in denen personenbezogene Daten verarbeitet werden
Der CIO schlägt vor, das gesamte Bibliotheksmanagementsystem mitbestimmen zu lassen, beginnend mit dem Recherchetool, welches auch für Externe online erreichbar ist. Ist dies abgeschlossen, sollen anschließend die internen Prozesse besprochen werden. Wenn alles zusammen beantragt würde, ergäbe sich einen zu großen Umfang. Das Ticketsystem soll auf das System des ZIM (OTRS) umgestellt werden.

Nächstes Jahr soll die Arbeit am UB-Katalog „Lukida“ beginnen, im Januar soll es ein Schreiben an den GPR geben, das System soll im ersten Halbjahr 2024 eingeführt werden. Die Umstellung aller Systeme der UB wird noch Jahre dauern.

ServiceCard.UP (aktueller Stand) - ZIM berichtet, dass es noch keinen neuen Stand gibt. Die Nutzungsordnung liegt dem GPR vor, die Prüfung durch das D3 ist aufgrund des hohen Krankheitsstandes noch nicht geschehen. Im ersten Quartal 2024 soll das Vorhaben umgesetzt werden, an einem vorangestellten Mitbestimmungsprozess wird gearbeitet.

Änderung Zoom-Vertrag ab April 2024 (Vorankündigung) - ZIM berichtet, dass der Vertrag mit dem Provider „PIK AG“ am 08.04.2024 ausläuft. Nun will die UP dem Rahmenvertrag des DFN-Vereins beitreten. Ein höherer Datenschutz soll gewährleistet sein, da die Daten nur in Deutschland verarbeitet werden. Da laut Herrn Köhn noch keine Prüfung der Barrierefreiheit von Zoom geschehen ist, bittet der GPR diese vor Einführung des neuen Systems durchzuführen.

Einführung einer Software zur elektronischen Inventurassistenz im Probe-Echt-Betrieb - Der Gesamtpersonalrat stimmt dem Antrag zur Einführung eines Inventurassistenten im Probe-Echt-Betrieb bis zum 01.01.2025 zu. Bis dahin soll die Barrierefreiheit des Programms verbessert werden.

Online Krankmeldung im Service Portal für Personal - Der Gesamtpersonalrat stimmt dem Antrag zur Online Krankmeldung im Service Portal für Personal im Teil Barrierefreiheit nicht zu. Der Gesamtpersonalrat stimmt dem restlichen Antrag in den Teilen zum Datenschutz und zum Verwaltungsablauf zu.

Einführung des elektronischen Rechnungsworkflow (E-Rechnung) - Erörterung mit der DL Barrierefreiheit - Die Dienststelle teilt mit, dass nach aktuellsten Informationen der Herstellerfirma SER der Aufwand, um die Anforderungen der Barrierefreiheit für das als Alternative geplante System WinCube zu erfüllen, unverhältnismäßig hoch wäre. So sei hier die Weiterentwicklung des Workflows – bspw. die Einpflegung der Funktion Skonto – nicht möglich. Aus Sicht der Dienststelle bewege man sich bei der Erfüllung der Barrierefreiheit im gesetzlichen Rahmen. Die Dokumentation werde dem GPR zur Verfügung gestellt.

Evaluation -Die Dienststelle teilt mit, dass eine Evaluation der Barrierefreiheit durch den Hersteller im Jahr 2024 geplant sei.

Schulungen - Aus Sicht der Dienststelle seien genügend Angebote – mehr als für jedes andere neu eingeführte System an der UP – an die Beschäftigten gerichtet worden (Sprechstunden; Schulungen/Tutorials; Angebote in den Besprechungen mit den Fakultätsgeschäftsführern). Allerdings würden die Angebote – bspw. die Sprechstunden – bisher kaum genutzt.

Ergebnis - Der Gesamtpersonalrat stimmt der Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows zu.

Durch die im Jahr 2024 anstehende Evaluierung geht der GPR davon aus, einen Antrag auf Mitbestimmung in Bezug auf die digitale Barrierefreiheit vorgelegt zu bekommen.

Verwaltung und Organisation:

Reisekosten - Nachdem mehrfach erfolglos eine befristete Stelle ausgeschrieben worden war, wurde von der UP eine unbefristete Stelle ausgeschrieben, um den aufgestauten Rückstand an unbearbeiteten Reisekostenanträgen (Stand Posteingang April) abzuarbeiten. Aufgrund des anspruchsvollen Stellenprofils ist es schwierig, geeignete Bewerbungen zu bekommen.

Nutzung des Haus 20 in Golm - Nutzung des Labortrakts erst nach der bereits vier mal verschobenen Inbetriebnahme des Hauses 32 Das Baumanagement ging davon aus, dass das Haus 32 in Golm im Frühjahr 2022 fertiggestellt wird. (vom BLB kommunizierte Fertigstellungstermin). Nach damaliger Abstimmung mit Herrn Schulz, zu dieser Zeit noch HGP, sollte der Betrieb im Laborteil von Haus 20 in Golm bis maximal zum Umzug ins Haus 32 aufrechterhalten werden.

Treffen des Inklusionsteams am 16.10.2023

Hier ging es um die Umsetzung der gesetzlich geregelten Inklusionsvereinbarung ([Dienstvereinbarung des GPR](#)) und des [Maßnahmenpaketes](#).

Meldestelle zum Hinweisgeberschutzgesetz - Erörterung durch den Dezernenten des D3, Vertreter D3 und dem Datenschutzbeauftragten an der UP

Der Gesamtpersonalrat stimmt der Errichtung einer Meldestelle aufgrund des Hinweisgeberschutzgesetzes im Probetrieb bis zum 31.12.2024 zu. [Weitere Informationen finden Sie hier: \(Intranet\)](#)

AG gegen Rechtsextremismus - Erstes Treffen der vom Senat eingesetzten AG hat am 02.11.2023 stattgefunden. Nächstes Treffen am 07.12.2023; dann weiterhin im monatlichen Rhythmus. Zehn Teilnehmende (6 Profs, 2 Postdocs, 1 KfC, 1 MTV), Ziele/Vorhaben: Schutz vor Übergriffen, UP soll ihr Gewicht bei Ministerien, Polizei usw. stärker einbringen, Seminare/ Seminarreihen als theoretische Unterfütterung - Das zweite Treffen der Senats-AG fand am 07. Dezember per Zoom statt. Es wurde ein Handlungskonzept der BTU vorgestellt. Da in den folgenden Jahren mit Auseinandersetzungen an den Standorten und Lehrveranstaltungen der UP gerechnet wird, war der Verfassungsschutz zu Gast.

Bestellung von Frau Ass. iur. Winnie Stoltenberg zur behördlichen Datenschutzbeauftragten der Universität Potsdam für die Zeit ab dem 01. Dezember 2023 im Umfang von 50% der Regelarbeitszeit.

Im Quartalsgespräch mit dem Präsidenten wurden folgende Themen besprochen:

- o Winterdienst
- o Psychologische Beratungsstelle für Beschäftigte/Ablehnung des Angebotes der Bbg. Landesverwaltung
- o Barrierefreiheit
- o Umzug Fahrzeughalle (Golm, Haus 10)
- o Ergonomische Büroausstattung
- o UP Transfer - Universitäts-Schule Krampnitz
- o Novellierung des BbgHG